EDER PARITÄTISCHE



IMPRESSUM

Sonderheft des Digitalmagazins DER PARITÄTISCHE

Herausgeber:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110 Internet: www.der-paritaetische.de www.der-paritaetische.de/magazin

Facebook: www.facebook.com/paritaet/

Twitter: @Paritaet

www.wir-sind-paritaet.de

Instagram: instagram.com/paritaet/ E-Mail: redaktion@paritaet.org

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Gwendolyn Stilling (Leitung), Tel.: 030/24636-305 Philipp Meinert, Tel. 030/24636-339

Für Berichte, die mit dem Namen des*der Verfasser*in gekennzeichnet sind, trägt diese*r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.

Notwendige Bildnachweise: AtelierSieben: Annabell Fugmann Dr. Gabriele Schlimper: Boaz Arad Foto Elisabeth Fresen: D. Reinhold Foto Olaf Bandt: Simone Neumann



VORWORT DES VORSITZENDEN

Liebe Leser*innen,

gemeinnützige Träger der Wohlfahrtspflege sehen sich einem wahrnehmbaren Druck von verschiedenen Seiten ausgesetzt: durch den Trend zur Rekommunalisierung von sozialen Dienstleistungen, durch knappe Haushalte, die soziale Dienste der Träger gefährden, durch Angriffe von Rechts oder durch nach Expansion strebende kommerzielle Anbieter von Leistungen der Daseinsvorsorge.

Zugleich haben die Corona- und Klimakrise das gesellschaftliche Bewusstsein für eine an den Bedarfen der Menschen und am Gemeinwohl orientierte Form der Daseinsvorsorge und des Wirtschaftens geschärft und eine Wirtschaft in Frage gestellt, die primär auf die Erzielung von Gewinnen ausgerichtet ist.

Deshalb hat der Paritätische am 1. Februar 2022 die zweijährige Themenoffensive "#Echt-Gut – Vorfahrt für Gemeinnützigkeit" gestartet. Mit der Themenoffensive soll das Selbstbewusstsein der Paritätischen Mitglieder als gemeinnützige Akteure gegenüber gewerblichen und staatlichen Anbietern und der Zusammenhalt gegen Anfeindungen gestärkt und ein Identitätsangebot für Mitglieder, Mitarbeitende und ehrenamtlich Engagierte geschaffen werden. Im Rahmen der Themenoffensive wird dargestellt, wieso die Gemeinnützigkeit in der Sozialen Arbeit, im Pflege- und Gesundheitssektor aber auch in anderen gesellschaftli-

chen Bereichen Vorrang haben muss, in denen eine am Gewinn orientierte Versorgung zu Lasten der Bedürfnisse der Menschen und der Qualität der Leistungen geht und damit letztlich auch teurer ist. Dazu zählen u.a. der Bereich des Wohnens, der Klimaschutz aber auch die Landwirtschaft. Gemeinnützige Akteure sind vielfach flexibler als staatliche und verlässlicher als gewerbliche Akteure in der Lösung von Problemen, weil der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen, nicht Massenverwaltungstauglichkeit und/oder Renditeorientierung.

Die Gemeinnützigkeit ist eine unerlässliche Grundlage für das freiwillige und vielfältige Engagement von hunderttausenden Bürger*innen im Paritätischen und darüber hinaus. Gemeinnützige Strukturen und Akteure leben vom Selbstgestaltungswillen der Menschen, sie gehören zum Kern der lebendigen Zivilgesellschaft und befördern den sozialen Zusammenhalt.

Auf www.der-paritaetische.de/echtgut wurde eine Schwerpunktseite zur Themenoffensive eingerichtet, die fortlaufend aktualisiert wird. Dort sind aktuelle Informationen und Aktivitäten zum Thema zu finden, Paritätische Positionen zur Gemeinnützigkeit, Hinweise auf Veranstaltungen, Tipps und Handreichungen für die gemeinnützige Praxis und Material zur Selbstvergewisserung. Schauen Sie doch mal rein!

Herzliche Grüße, Ihr Prof. Dr. Rolf Rosenbrock

GEMEINNÜTZIGKEIT IM KIEZ

Sie sind auch in Ihrer Nachbarschaft, aber vielleicht wurden sie bisher kaum wahrgenommen: Unscheinbare Häuser in Wohngegenden, die als Zentren für Bürger*innen Freizeitgestaltung und konkrete Hilfe anbieten. Wir haben zwei Paritätische Einrichtungen in Berlin besucht.

Das Rollbergviertel in Norden von Neukölln. Prägend sind die sogenannten Mäanderbauten, ein Ensemble verschiedener relativ flacher Wohngebäude aus den 60er Jahren, an denen zuerst ihre achteckige Form auffällt. Gebaut als klassischer sozialer Wohnungsbau. Auch wenn sich hier vieles seit Jahrzehnten optisch kaum verändert hat, haben sich in der Rollbergstraße die Angebotsmieten zwischen 2009 und 2015 verdoppelt. Der Kiez ist beliebt, viele wollen zwischen dem Tempelhofer Feld und der Kneipenmeile Weserstraße wohnen. Und der Kiez wird damit immer teurer für die Alteingesessenen.

Berliner Kiez-Einrichtungen Das Bürgerzentrum Neukölln (links) und die Fabrik Osloer Straße im Wedding (rechts)



Mittendrin steht das Bürgerzentrum Neukölln, eine Paritätische Einrichtung, die sich vorwiegend, aber nicht nur an ältere Menschen richtet. Cengizhan Yüksel ist 29 Jahre alt und hier seit 2020 Geschäftsführer. In dieser Funktion ist er auch an der Paritätischen Akademie Berlin. Insgesamt ist der studierte Verwaltungswissenschaftler seit 2011 im Paritätischen Umfeld aktiv. Das Bürgerzentrum selbst ist deutlich älter als ihr Geschäftsführer. Bereits 1983 eröffnete die Einrichtung, die damals noch "Haus des älteren Bürgers" hieß. Dr. Gabriele Schlimper, heute Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Berlin, war hier auch einmal Geschäftsführerin.

Mit der Entscheidung, das Angebot auf breitere Schichten auszuweiten, wurde es vor einigen Jahren zum Bürgerzentrum, auch um den sich seit einigen Jahren stark verjüngenden Kiez Neuköllns abzubilden. "Der Schwerpunkt bleibt aber weiterhin die offene Senior*innenenarbeit", erklärt Yüskel.

30.000 bis 40.000 Besucher*innen hat das Bürgerzentrum im Jahr, zumindest wenn kein Corona herrscht. Die Bandbreite geht von Senior*innen in Grundsicherung bis zu sehr vermögenden älteren Menschen. Hier ist weniger wichtig, wie hoch die Rente oder der Kontostand ist, sondern dass sich jeder die Freizeit im Bürgerzentrum leisten und die gleichen Angebote wahrnehmen kann. Das Angebot reicht von Gärtnern über Kegeln bis hin zum Tanztee, den vor Corona schonmal 150 Leute besuchten. Auch viele kreative Angebote bietet das Bürgerzentrum – alles selbstverwaltet. Das Bürgerzentrum stellt in erster Linie die Infrastruktur. Wichtig ist, dass die Besucher*innen ihre eigenen Ideen von Freizeitgestaltung entwickeln und umsetzen anstatt etwas vorgesetzt

zu bekommen. Cengizhan Yüksel: "Es ist uns wichtig, dass sie Senior*innen selbstorganisiert sind und dadurch ihre Idee von Gemeinnützigkeit in die Welt tragen."

VON SENIOR*INNEN FÜR SENIOR*INNEN

Eine davon ist Inge Schwarzer (Foto unten), Jahrgang 1950. Sie ist mit 58 Jahren in Altersteilzeit gegangen und mit viel Zeit, wie sie sagt. Zunächst fing Frau Schwarzer als Lesepatin in einer Neuköllner Schule an, heute leitet sie die 14-köpfige Handarbeitsgruppe mit Damen im Alter von 54 bis 90 Jahren. "Aber ich muss ehrlich sagen, dass ich die wenigste Geschicklichkeit habe", sagt die Seniorin und lacht. Sie selbst organisiert Buchhaltung und Verkauf. Denn was in dieser Gruppe und anderen gefertigt wird, wird für den guten Zweck verkauft. Und da kommt einiges zusammen: "Wir haben am Schluss weit über 1000 Euro gespendet", freut sich die Berlinerin. Das hat unter anderem die Automatiktüren des Bürgerzent-







rums mitfinanziert oder wurde für Bedarfsgegenstände für obdachlose Menschen ausgegeben.

Ortswechsel. Berlin Wedding. Hier steht die Fabrik Osloer Straße. Die Einrichtung residiert in einer der klassischen Berliner Hinterhof-Fabriken, wie man sie früher auch in Wohnvierteln gebaut hat. Der Fabrikant Albert Roller ließ hier ab 1870 Maschinen für die Zündholzproduktion herstellen. Als die Firma in den siebziger Jahren insolvent ging, entdeckten verschiedenste Initiativen das große und zentrale Hinterhof-Gelände, um fortan soziokulturelle Arbeit zu fabrizieren. Wären die attraktiven Fabrikgebäude nicht früh einer gemeinnützigen Kiezarbeit gewidmet worden, würden hier vielleicht wie anderorts Start Ups jetzt Apps programmieren.

Es ist bereits viel los an diesem verregneten Mittwochmorgen in der Fabrik. Freiwillige Helfer*innen bereiten ein kleines Kiezfrühstück im Eingangsbereich vor. Unzählige Vereine und Projekte finden seit Jahrzehnten in der Fabrik Osloer Straße ihr Zuhause. 20 davon listet die Homepage auf. Von der Schreibabyambulanz über die Druckwerkstatt bis hin zur Gewaltprävention findet sich hier fast die gesamte Bandbreite der gemeinnützigen Arbeit.

LIEBER SOZIALE ARBEIT ALS WIRTSCHAFT

Ein paar Meter weiter treffe ich bereits meine Interviewpartnerin Aliye Stracke-Gönül. Die quirlige Frau ist seit Ende 2020 Geschäftsführerin der Fabrik und war zuvor beim AWO Bundesverband Referentin für den Bereich Migrationsberatung für Erwachsene zuständig. Zuvor hatte sie eine Banklehre gemacht, ein Studium im Bereich Politik und Organisation absolviert und einige Jah-

re im Ausland gearbeitet. Irgendwann, so entschied sie, wollte sie aber nicht mehr in der Wirtschaft arbeiten und wechselte in den sozialen Bereich. Damit ist Frau Stracke-Gönül auch geographisch zurück zu ihren Wurzeln gekehrt, denn zwei Straßen weiter von der Osloer Straße ist sie aufgewachsen und ihre Eltern wohnen bis heute dort. Schon früh ist sie in die Putte in der Osloer Straße gegangen, eine der wenigen Einrichtungen und Treffpunkte für Migrant*innen im Kiez. Frau Stracke-Gönül weiß also ganz genau, worauf es ankommt: "Wir wollen, dass die Menschen im Kiez wissen: Wenn ich etwas brauche, dann gehe ich in die Fabrik Osloer Straße."



Zunächst gibt mir die Geschäftsführerin eine Führung durch den großen Gebäudekomplex der Fabrik. Halt machen wir bei Durchbruch e.V. Jugendliche, die Probleme haben und woanders keine Ausbildung absolvieren können, werden hier zu Installateuren ausgebildet.

Thomas Knaak ist hier Ausbildungsleiter und erzählt, wer alles bei ihm eine Ausbildung macht: "Im Moment haben wir eine große Menge an Flüchtlingen. Ansonsten haben wir Jugendliche mit verschiedenen Problemlagen wie

Alkoholkonsum, Drogen, Gewalt, psychische und schulische Probleme. Halt alles, was die Großstadt zu bieten hat." Durchbruch ist dabei erfolgreich. 90 Prozent der Jugendlichen schaffen hier ihren Berufsabschluss. Auch das ist Gemeinnützigkeit: Da wo der freie (Ausbildungs-)Markt nicht weiterhilft, springen gemeinnützige Vereine ein.

WENN DIE QUADRATMETERPREISE STEIGEN

Gentrifizierung ist die wohl derzeit größte Bedrohung für die Gemeinnützigkeit. Cengizhan Yüksel aus dem Bürgerzentrum Neukölln weiß: "Gerade in dem sich verändernden Kiez, in dem sich viel auf schön verkleidete Profitmaximierung ausrichtet, wird bezahlbarer Raum knapp. Egal wie viele Akteure unterwegs sind: Es stellt sich immer auch die Frage, wem die Liegenschaften gehören und was die Eigentümer damit machen." Man könne inzwischen für über 30 Euro pro Quadratmeter für ein Ladenlokal in Neukölln nehmen. Soziale Träger könnten das nicht stemmen.

Aliye Stracke-Gönül verbindet damit auch eine persönliche Geschichte: "Ich habe Berlin vor über 20 Jahren verlassen und erst da ist mir das Thema aufgefallen." Dass der Wedding im Kommen ist, ist ein Running Gag in der Berliner Bubble. So schlimm wie in Neukölln ist es noch nicht, aber auch hier werden steigende Mieten und Verdrängung ein zunehmendes Problem. "Wir sind vergleichsweise noch gut dran", meint Stracke-Gönül über ihren Kiez. Bezahlbare Wohnungen oder Einrichtungen sind auch hier zunehmend Mangelware, besonders für Familien, die immer öfter in der Fabrik Beratung suchen. Die Fabrik und das Bürgerzentrum sind in ihrer Struktur

unterschiedlich aufgestellt. Das Bürgerzentrum ist auch ein sogenanntes "Haus der Parität." Das Logo steht unübersehbar am Eingang. Und es bedeutet Sicherheit, da diese Häuser, die man in ganz Berlin findet, Liegenschaften des Landesverbandes, der Mitgliedsorganisationen oder der Stiftung sind. "Räume die wir anbieten, würde jeder Unternehmer anders verwerten. Wenn man es anders gewinnbringend vermarkten könnte, wäre hier kein Platz für Gemeinnützigkeit", ist sich Yüksel sicher. "Damit werden wir zu einem Hafen für Ehrenamt und Gemeinnützigkeit in diesem sehr gefragten Szeneviertel."

NICHT AUF PROFIT AUS

Etwas anders ist es im Wedding. Das Gebäude der Fabrik Osloer Straße gehört der GSE, einer gemeinnützigen GmbH, die sich der dauerhaften Sicherung von sozialen Einrichtungen verschrieben hat und Treuhänderin des Landes Berlin ist. Die Vereine und Projekte sind Mieter*innen und Mitglieder des Vereins Fabrik Osloer Straße e.V. Hier kommen ihr auch ihre Erfahrungen in der Wirtschaft zugute: "Als Verein sind wir darauf angewiesen, unsere Arbeit nicht im wirtschaftlichen Sinne zu sehen. Auch die Vermietung von Räumlichkeiten müssen sich die Organisationen leisten können." Denn die steigenden Gewerbemieten sind auch im Wedding ein Problem: "Wir wollen nichts verdienen, sondern den Organisationen, die sich die steigenden Mietpreise nicht mehr leisten können, einen Ort schaffen." Das zeigt sich auch in der Mitarbeiter*innen-Struktur, denn hier hat niemand eine volle Stelle. "Wir würden uns eine festere und langfristigere Finanzierung wünschen. Wir sind von Fremdfinanzierungen abhängig", so Stracke-Gönül.

Dafür muss man aber gewisse Abstriche machen, auch an den Örtlichkeiten. Das alte Gebäude in der Osloer Straße kann nicht umfassend isoliert werden, so dass es im Sommer oft zu warm und im Winter zu kalt ist. Immerhin die Fenster entsprechen inzwischen den neuesten energetischen Standards. Auch in Neukölln könnte das ein oder andere mal erneuert werden. Der Aufzug, immens wichtig für die älteren Damen und Herren, stammt noch aus den achtziger Jahren. Seine Technik hat im Keller die Größe von zwei Schränken und sieht aus wie ein antiker Supercomputer. Hinzu kommen noch zwei beeindruckende, raumnehmende Ölwannen, die für den Betrieb des Aufzugs unerlässlich sind.

Gemeinnützige Einrichtungen wie das Bürgerzentrum Neukölln und die Fabrik Osloer Straße übernehmen fundamentale Aufgaben vor Ort, aus denen sich der Staat teilweise zurückgezogen hat. Eigentlich sollte man ihnen den roten Teppich ausrollen, aber oftmals ist das Gegenteil der Fall. Aliye Stracke-Gönül beklagt beispielsweise eine gewisse Skepsis von Seiten einiger Behörden, wenn es ums Geld geht. "Ich kann aber alle beruhigen: Wir haben jedes Jahr eine Steuerprüfung, einen Jahresabschluss, müssen Verwendungsnachweise erbringen und sind sehr offen und transparent" sagt sie. Große Sprünge könnte man sowieso nicht machen. Hier arbeitet niemand, der oder die reich werden will. Hier geht es um die Menschen vor Ort.

Philipp Meinert

WEITERE INFOS

www.bzneukoelln.org www.fabrik-osloer-strasse.de









GEMEINNÜTZIG JA, ABER EBEN AUCH NACHHALTIG



Das Bild zeigt Elemente aus der ukrainischen Heimat der Künstlerin und aus Schwelm.

Die Ehrenamtler*innen vom Verein AtelierSieben in Schwelm verbinden in ihren Projekten Gemeinnützigkeit und Nachhaltigkeit und setzten sich so für Mensch und Natur ein. Laut der Vorsitzenden Heike Philipp greift alles ineinander, hängt zusammen, und so ist die Verbindung für sie eine ganz selbstverständliche.

Heike Philipp und Tina Grams vom Verein AtelierSieben stehen in Schwelm an der Untermauerstraße, einer viel befahrenen Straße, vor einem kleinen bemalten Häuschen. Während der Himmel grau ist, strahlt die Wand bunt in den Farben Gelb, Lila und Braun, Städtische Elemente und auch natürliche sind abgebildet. "Unserer Heimat ist hier dargestellt und ein Teil der Heimatstadt der Künstlerin Vita aus der Ukraine", erklärt Tina, die Kassiererin des Vereins. Heike zeigt auf einen Wasserfall, daneben hängen im Baum Kleidungsstücke, sie ergänzt: "Hier geht es um Wasser und um Upcycling, im Fashionbusiness gibt es so viel Sauereien mit Farben und Umweltverschmutzung". Auf der anderen Seite des Baumes sind Lebensmittel abgebildet – weiter links unten ein Recyclingsymbol und eine Mülltonne. Die vielen Elemente sollen lokale und globale Verbindungen zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen darstellen und zeigen ganz gut, wofür AtelierSieben in Schwelm steht.

Die Häuserwand ist nur eines der vielen Projekte, die seit 2018 vom Verein für Schwelm geschaffen wurden. Ein paar Meter weiter an der Untermauerstraße befindet sich der Garten von AtelierSieben. Tische und Paletten als Bänke stehen hier, auf einem weiteren Gebäude ist der Schriftzug des Vereins geschrieben. "Hier ist im Sommer leben", sagt Heike. Aber auch immer mittwochs herrsche Getümmel, wenn "Marktschwärmer" stattfin-

det. Regionale Anbieter stehen dann zwischen 18 und 19 Uhr mit fertig gepackten Kisten im Hof, um die bereits zuvor bestellten Produkte zu verteilen: Seifen, Lebensmittel, Gewürze und vieles mehr. Kleinere Produzenten ohne regulären Marktstand oder Lieferketten sollen so unterstützt werden. Die Produzenten erhalten, anders als im herkömmlichen Handel, 80 Prozent des Einkaufspreises.

Wenn man mit Heike und Tina die Straßen von Schwelm erkundet, merkt man gleich, wer die treibenden Kräfte hinter dem Verein sind. Wenn man die beiden fragt, ist die Chronologie ihres Engagements keine geradlinige und so benennen sie gleich mehrere Anfänge. Heike erinnert sich an ihren persönlichen Start: Als die Schwelmerin ins alte Quartier, dem "Nostalgieviertel" der Innenstadt zog, bedauerte sie den großen Leerstand. "Da muss man mal was tun", dachte sie sich. "Aber wer ist "man"? Ich bin Frau und fang mal an", vervollständigten sich ihre Gedanken.

Einen anderen ihrer Anfänge begründet die 58-Jährige zeitlich früher und heute zeugt noch der Name des Vereins davon. Der Name AtelierSieben soll an die "sevengardens Bewegung" erinnern. sevengardens ist eine Initiative für Färbergärten. Heike setzte sich so mit der Herstellung von natürlichen Farben auseinander. Auch für den Verein bietet sie Kurse an.

Blaue Lichter laufen über Heikes Gesicht während aus einem Lautsprecher Tiergeräusche schallen. "Das ist für die Kids der Hammer", lacht sie. Wir befinden uns in den Toilettenräumlichkeiten eines der neuesten Projekte, der Keramik- und Töpferwerkstatt. Wenn Kinder oben einen Kurs mitmachen und ein selbst ausgesuchtes Porzellan-



stück bemalen sei laut Heike für viele diese Toilettenräumlichkeiten nochmal ein Highlight. "Hier taucht man so ab", kam es Heike zuvor in den Sinn und deswegen dachte sie sich, im Raum vor den Toiletten noch eine Art Erlebnis-Unterwasserwelt zu gestalten. Wenn Heike erzählt, dann sprudeln ihr die Ideen geradezu heraus.

Ob sie schon das eine oder andere Mal für verrückt gehalten wurde? "Ständig", lacht sie. Sie habe sich schon etliche Sprüche anhören müssen. Die Resultate sprechen jedoch für sich. Mittlerweile kommt die Stadt sogar auf

den Verein zu, wenn ein Projekt realisiert werden soll.

NACH UND NACH FÜLLTEN SICH DIE LEEREN LÄDEN

Tina benennt weitere Anfänge für ihren Verein: Wie die Flüchtlingsbewegung 2015. Durch Helferinitiativen lernten sich nicht nur Heike und sie, sondern die beiden auch viele immigrierte Frauen kennen, die "Sachen konnten, die wir nicht können". Wie zum Beispiel Kleidung nähen. Mit ihnen wurde viel gebastelt und Handarbeit betrieben. "So ist vieles gewachsen und entstanden", berich-

tet die 43-Jährige. "Wir haben nie jemanden gesucht, sie sind alle gekommen."

Noch heute zeugt der Kleiderladen für Kindersachen im "Nostalgieviertel" von diesen Bekanntschaften. Liebhaber von Selbstgenähten, hochwertigen Stücken, kommen hier auf ihre Kosten. Nach und nach gab der Verein so dem Schwelmer "Nostalgieviertel" ein neues Gesicht: Wenn man jetzt im alten Quartier mit den alten Laternen und den Häusern mit bergischem Schieferfachwerk steht, dann sind die Läden bunt gefüllt. Auf der einen Seite ist neben einem Atelier der beschriebene Kinderanziehsachenladen. Daneben wiederum ein "Eine-Weltladen" mit Handwerkskunst aus der Region, Deutschland und der gesamten Welt – wie die handgenähten Stoffpuppen aus Brasilien, die Frauen mit behinderten Kindern eine Lebensgrundlage bieten und deren Erlös eins zu eins nach Brasilien gehen. Gegenüber von den Läden gibt es einen Second-Hand-Laden. Expansion ist weiter geplant.

Das Herzstück des Vereins oder "der Anfang des Anfangs", wie Tina es sagt, sei jedoch weiter oben an der Straße. "Wenn man in diese Räume tritt, tritt man in eine Universität", scherzt Heike in den Räumlichkeiten von Atelier-Sieben in einem weiteren, alten Schieferfachwerkhaus. Hier finden Vorträge, Kurse, Begegnungen statt, auch Beratungen für Formulare. Zudem werden in den hinteren Räumen Aromatherapie, Massagen oder Psychotherapie angeboten. Die Liste der Projekte ist lang.

Das Engagement und der Ideengeist scheinen groß: "Wir haben Ideen, die tun wir ein eine imaginäre Schublade und wenn der Tag X kommt, holen wir die raus und dann Der Schriftzug vom Verein ist im Vereins-Garten zu sehen: Im Sommer ist hier viel los.



geht es ganz schnell," sagt Heike. Für die beiden ist das ein 24/7- Job und zwar ohne Gehalt oder Aufwandsentschädigung. "Ich bin Hausfrau und Mutter und kann mir keinen Job nebenbei leisten," scherzt Tina. Dauerhaft wollen aber beide versuchen den Verein in Zukunft, eventuell über eine Änderung in eine gemeinnützige Genossenschaft, auskömmlich zu gestalten.

So ein Engagement geht nur, wenn die innere Motivation stimmt: "Ich bin auf das, was wir machen, lebenslang vorbereitet worden", berichtet Heike. Sie wisse, wie es ist, viel zu haben und eben auch wenig. Und Tina musste als Kind aus der DDR flüchten, weshalb sie sich gut in andere Geflüchtete hineinversetzen kann. "Wir haben viel Kraft", sagt Heike, das weiß sie, dass das nicht selbstverständlich ist. Hinzu kommt eben der Aspekt der Nachhaltigkeit im Verein, wofür die beiden brennen: "Ich will die eine Welt, die wir haben, nicht mehr ausnutzen. Umweltschutz und Gerechtigkeit geht nur zusammen, hat alles miteinander zu tun", so die 58-Jährige.

Annabell Fugmann

WEITERE INFOS
www.ateliersieben.ruhr

BILLIGER IST NICHT BESSER

Über gewerbliche und gemeinnützige Anbieter in der Flüchtlingsunterbringung

Die Bilder sind noch gut in Erinnerung, als 2015 die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland stark anstieg und es zunächst enorme Probleme gab, die Schutzsuchenden zügig zu registrieren, zu versorgen und vor allem, sie angemessen unterzubringen. Viele landeten zunächst – teilweise für Monate – in Turnhallen oder anderen provisorischen Unterkünften. Es war nicht zuletzt das enorme zivilgesellschaftliche Engagement, das dazu beigetragen hat, die Situation für die Betroffenen halbwegs akzeptabel zu gestalten. Auch aktuell bei der Versorgung und Betreuung Geflüchteter aus der Ukraine spielen freiwilliges Engagement und gemeinnützige Organisationen der freien Wohlfahrtspflege wieder eine wichtige Rolle.

GEMEINNÜTZIGE TRÄGER WURDEN VERNACHLÄSSIGT

Auf der Suche nach den dringend benötigten Unterkünften waren es 2015 nicht nur die großen "Blaulicht-Organisationen", sondern auch viele kleinere oder größere gemeinnützige Träger vor Ort, die einsprangen und innerhalb kürzester Zeit Unterkünfte zur Verfügung stellten. Viele dieser Organisationen waren auch bereit, sich dauerhaft bei der Unterbringung Geflüchteter zu engagieren, doch in vielen Fällen kam es anders: nach der

ersten Phase der "Notversorgung" gingen Kommunen und Länder wieder dazu über, die Unterbringung auszuschreiben. Oft wurden die gemeinnützigen Träger dann nicht mehr berücksichtigt, ihr bisheriges großes Engagement zählte nicht, was zählte war der Preis. Und da waren die privaten kommerziellen Anbieter oft günstiger. Teilweise durften die gemeinnützigen Organisationen die gewerblichen Träger noch durch die Räume führen, die später dann von diesen übernommen wurden. Mal abgesehen davon, dass viele gemeinnützige Träger enttäuscht waren, weil man sie in der Not zwar um Unterstützung gebeten, dann aber wieder ausgebootet hatte, hatte dieser Trägerwechsel auch für die Bewohnerinnen und Bewohner oft negative Auswirkungen. Denn den gemeinnützigen Organisationen geht es eben nicht nur um die Unterbringung und Versorgung, sie kümmern sich in einem umfassenderen Sinne um die Betroffenen. insbesondere um deren Einbindung in den Sozialraum.

OUALITÄT VOR PREIS

Das können sie auch gut, weil sie nicht nur Träger einer Unterkunft sind, sondern ein breiteres Tätigkeitsfeld aufweisen. Wie wichtig diese umfassende Unterstützung ist, wurde während der Corona-Epidemie besonders deutlich und wir es auch jetzt, wo es vor allem Frauen und Kinder, aber auch Pflegebedürftige und andere vulnerable Gruppen sind, die aus der Ukraine kommen. Gemeinnützige Organisationen kümmern sich nicht nur um den Zugang zu medizinischer Versorgung, sondern eben auch um die soziale Betreuung und Einbindung der Geflüchteten. Daraus folgt: Qualitative Leistungskriterien, die aufgebaute Integrationsinfrastruktur, Kontinuität in der Leistungserbringung, das sollten zentrale Kriterien

sein, wenn es darum geht, soziale Arbeit zu organisieren, nicht aber der Preis!

Wie wichtig ein unabhängiger, gemeinnütziger, nichtstaatlicher Sektor ist, dass zeigt sich insbesondere auch in der Beratung von Asylsuchenden. Zwar wurde in der letzten Legislaturperiode eine "unabhängige Asylverfahrensberatung" im Gesetz verankert, das Bundesministerium des Innern verstand darunter aber bis September 2021 die Beratung durch das "unabhängige" Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Im neuen Koalitionsvertrag ist dies korrigiert. Sie soll endlich kommen, die tatsächlich unabhängige Beratung – nicht durch staatliche Stellen, sondern durch unabhängige gemeinnützige Organisationen.

Harald Löhlein ist Leiter der Abteilung Migration und Internationale Kooperation im Paritätischen Gesamtverband





Die Abschaffung des gemeinnützigen Wohnungssektors in Deutschland in 1990 führte zu gravierenden Versorgungsschwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt. Der aktuelle Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition bietet nun eine Chance zur Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit.

Bis 1990 gab es in Deutschland einen gemeinnützigen Sektor im Wohnungsbau. Mit dem Missmanagement-Skandal um die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft "Neue Heimat" wurde die

Wohnungsgemeinnützigkeit abgeschafft. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen stellten bis dahin den größten Wohnungsbausektor und sorgten für ein breites Segment an leistbaren Wohnraum. Gemeinnütziger Wohnungsmarkt bedeutet, dass die Unternehmen nur eine bestimmte Rendite erwirtschaften dürfen und alles darüber hinaus in den Wohnungsbau reinvestieren müssen. Im Gegenzug sind sie steuerbefreit. Außerdem müssen sie günstig vermieten, es gibt Verkaufsbeschränkungen, und die Wohnungen sind dauerhaft belegungsgebunden.

IMMER WENIGER SOZIALWOHNUNGEN

Mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit wurde die Wohnraumversorgung, die eigentlich als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden werden sollte, dem Markt überlassen, was sich als zentraler Fehler herausstellte. Mit der Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, dem erheblichen Rückgang des Sozialen Wohnungsbaus und dem Auslaufen von Belegungsbindungen reduzierten sich die ca. 3 Millionen gebundenen Sozialwohnungen bis heute auf 1,13 Millionen. In den Großstädten mangelt es an über 1,5 Millionen bezahlbaren und angemessenen Wohnungen. Das viel zitierte "Bauen, bauen, bauen" schafft – so wie es gegenwärtig praktiziert wird – keine Entspannung auf den Wohnungsmärkten, da vielerorts im hochpreisigen Sektor gebaut wird.

DIE AMPEL PLANT DIE NEUEINFÜHRUNG

Angesichts der Versorgungsprobleme auf den Wohnungsmärkten erhielt die Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) in den letzten Jahren verstärkt an Aufmerksamkeit. In der vergangenen Legislaturperiode brachten die Bundestagsfraktionen Die Linke einen Antrag und Bündnis 90 / Die Grünen einen Gesetzentwurf zur Einführung einer NWG in den Bundestag ein, die unter der Großen Koalition abgelehnt wurden. Positiv stimmte daher der Koalitionsvertrag der neuen Ampel-Koalition, welcher die Einführung einer NWG als Vorhaben nennt.

Politisch ist die Forderung nicht neu. Für die Wohngemeinnützigkeit spricht sich auch der Deutsche Mieterbund (DMB) aus. "Ein Wohnungsmarkt, auf dem private Vermieter und kapitalmarktorientierte Immobilienunternehmen dominieren, braucht ein ausreichend großes gemeinwohlorientiertes Segment als Gegenstück", schreibt Dr. Melanie Weber-Moritz vom DMB im Sammelband "Für alle, nicht die Wenigen." In den privaten Bereich hat sie wenig Vertrauen. Dieser sei für Misstände blind, schreibt Weber-Moritz weiter.

Die neue Wohnungsgemeinnützigkeit bietet eine Chance die Steuerungsfähigkeit für den Wohnungsmarkt wieder erlangen zu können und kann, je nach Ausgestaltung, dauerhaft preiswerten Wohnraum für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, Alleinerziehende, Rentner*innen, Menschen mit Behinderung und andere, die bisher das Nachsehen auf dem Wohnungsmarkt haben, gewährleisten. Bei der Einführung einer NWG sollte es auch Stiftungen erlaubt werden, ihre gemeinnützigen Gelder in den Wohnungsbau zu investieren, um guten Wohnraum zu schaffen. Sie ist aber nur ein Baustein. Wir brauchen auch wieder erheblich mehr Sozialwohnungen, ca. 150.000 pro Jahr, und eine sozial gerechte Bodenvergabe, wenn günstig gebaut werden soll.

Jennifer Puls ist Referentin für fachpolitische Grundsatzfragen im Paritätischen Gesamtverband



WEBZEUGKOFFER ALLES DRIN, WAS DU BRAUCHST!

In unserem prall gefüllten Webzeugkoffer finden sich Anleitungen, Empfehlungen und Tipps zu Social Media-Kanälen und diversen Werkzeugen zur digitalen Kommunikation und Zusammenarbeit. Einfach mal durchstöbern und inspirieren lassen!

www.der-paritaetische.de/webzeugkoffer

STIMMEN AUS DER MITGLIEDSCHAFT

Wir haben überregionale Mitgliedsorganisationen des Paritätischen gefragt, was Gemeinnützigkeit für sie bedeutet!

ABID-INSTITUT BEHINDERUNG & PARTIZIPATION

Es ist sinnvoll, die (politische und soziale) Selbstvertretung von Minderheiten wie Menschen mit Behinderungen, mit Migrationserfahrung oder ähnlichen Eigenschaften vorrangig gemeinnützig zu organisieren, weil das den Verlockungen der kommerziellen Ver-

marktung real-existierender gesellschaftlicher Widersprüche durch individuellen Starkult entgegenwirkt.

Dr. Ilja Seifert, Vorsitzender

ADRA DEUTSCHLAND

Gemeinnützigkeit stellt die Menschen ins Zentrum des Handelns. Sie legt den Fokus auf Werte, die uns alle stärken. Als Akteur in Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe wissen wir, wie der Ausbau zivilgesellschaftlicher

Handlungsräume als wichtiges Scharnier die Demokratie belebt. Wir hoffen, dass Gemeinnützigkeit hierfür stärker eine Grundlage schaffen wird. Dieser Gedanke muss an Gewicht erfahren, wenn wir mit neuen Möglichkeiten in die Zukunft schauen wollen.

Christian Molke, Vorsitzender des Vorstands

ARBEITER-SAMARITER-BUND

Gemeinnützigkeit bezeichnet für mich das Handeln, das ausschließlich den Nutzen für die Mitmenschen und somit das Gemeinwesen als Motiv in sich trägt. Aus einer solchen Motivation ist 1888 der ASB entstanden und aus einer

solchen Motivation heraus engagieren sich Samariterinnen und Samariter ehrenamtlich beispielsweise in Rettungshundestaffeln, im Bevölkerungsschutz, in der Jugendverbandsarbeit, in Hospizdiensten oder beim ASB-Wünschewagen. Dieses Engagement, dass von Uneigennützigkeit getragen wird, ist für eine lebendige und demokratische Gesellschaft unverzichtbar und muss deshalb staatlicherseits besonders gefördert und geschützt werden.

Dr. Uwe Martin Fichtmüller, Hauptgeschäftsführer

BJÖRN STEIGER STIFTUNG

Das Rückgrat unserer Gesellschaft sind die Tatkraft, der Zusammenhalt und der Gemeinsinn der Menschen, die unser Land lebendig gestalten – Tag für Tag. Das wissen zivilgesellschaftliche, Player' besonders gut: Vielfalt ist unsere große

Stärke im gemeinsamen Einsatz für ein gutes Miteinander – vom gerade geborenen Säugling bis zum greisen Mitmenschen, über politische und weltanschauliche Grenzen hinweg, in der Stadt und auf dem Land, zu jeder Tages- und Nachtzeit und in zahllosen Lebensbereichen. Deshalb: Vorfahrt für Gemeinnützigkeit, es wäre #echtgut!

Pierre-Enric Steiger, Präsident

BUNDESVERBAND DEUTSCHER SCHULLANDHEIME

Gemeinnützigkeit setzt voraus, dass inhaltliche Arbeit und Zweckbestimmung über der Zielsetzung einer Gewinnmaximierung stehen. Demokratiebildung, Stärkung sozialer Kompetenzen, Nachhaltigkeit und Selbstwirksamkeit sind nur vier

inhaltliche Aufgaben der außerschulischen Lernorte. Sie sind Schlüssel gesellschaftlichen Wandels. Sie nicht durch die Absicht, Gewinne zu maximieren, zu mindern oder ganz zu verlieren, ist gemeinnütziger Mehrwert.

Heiko Frost, Vorsitzender

BUNDESVERBAND SKOLIOSE-SELBSTHILFE

Voraussetzung für einen starken Zusammenhalt in der Gesellschaft sind soziale Verbundenheit, Hilfsbereitschaft und die Identifikation mit dem Gemeinwesen. In gemeinnützigen Strukturen ist dies alles gelebter Alltag: Das Zusammenwirken ganz

unterschiedlicher Persönlichkeiten für ein gemeinsames Ziel, die gemeinschaftliche Überwindung von Hindernissen und die Unterstützung Schwächerer lässt Menschen zusammenwachsen.

Dr. Katja Plückelmann, Vorsitzende

DEUTSCHE AIDSHILFE

Gemeinnützigkeit bedeutet für mich im Wortsinn, sich am Wohl aller zu orientieren. Was das bedeuten kann, hat sich eindrucksvoll am 13. Oktober 2018 gezeigt, als in Berlin mehr als 240.000 Menschen

mit dem Bündnis #unteilbar auf die Straße gegangen sind – für Solidarität statt Ausgrenzung und eine offene, freie und vielfältige Gesellschaft.

Sylvia Urban, Mitglied im Bundesvorstand

DEUTSCHER BERUFSVERBAND FÜR PFLEGEBERUFE

Pflege ist eine wesentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge und Gegenstand sozialer Sicherung. Pflegebedürftige nicht allein zu lassen, ist ein zentraler Wert einer Gesellschaft wie der unsrigen. Es bedeutet auch, die Menschen, die die Pflege übernehmen,

mit dieser Aufgabe nicht allein zu lassen. Pflege in unserer vielfältigen und alternden Gesellschaft ist mehr denn je auf breite Solidarität angewiesen. Daher braucht es einen Vorrang für Gemeinnützigkeit im Gesundheits- und Pflegesystem.

Dr. phil. Bernadette Klapper, Bundesgeschäftsführerin

DEUTSCHES JUGENDHERBERGSWERK

Wie stabil das gemeinnützige Fundament einer Gesellschaft gebaut ist, zeigt sich in herausfordernden Zeiten – so auch in der andauernden Pandemie. Als einer der größten gemeinnützigen Verbände ist sich das DJH seiner sozialen und gesellschaftli-

chen Verantwortung bewusst. Besonders in der gegenwärtigen Situation und engagiert sich unter anderem stark bei Sondernutzungen: Viele Jugendherbergen wurden und werden aktuell als Impfzentren oder zur Unterbringung von Geflüchteten oder Obdachlosen genutzt – so wird unmittelbar in gesellschaftlichen Notlagen geholfen.

Prof. Dr. Günther Schneider, Präsident

DEUTSCHER KINDERSCHUTZBUND

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht, wenn der Ge-

meinsinn im Vordergrund steht. Das gelingt, wenn zentrale Aufgaben nicht von Gewinnstreben, sondern vom Wohl der Vielen geprägt werden. Im Kinderschutzbund engagieren sich in diesem Sinne viele Menschen für ein gerechtes und gutes Aufwachsen von

allen Kindern und Jugendlichen ungeachtet ihrer Hintergründe oder Herkunft. Das solidarische gesellschaftliche Miteinander, das diesem Engagement zugrunde liegt, beschreibt die wichtige Idee der Gemeinnützigkeit.

Daniel Grein, Bundesgeschäftsführer

DEUTSCHE MULTIPLE SKLEROSE GESELLSCHAFT

Gemeinnützigkeit ist nicht selbstverständlich. Das Prinzip der Gemeinnützigkeit muss immer wieder erneut in den Fokus gerückt werden, denn auch in einer sozialen Marktwirtschaft sind Non Profit Organisationen von System relevanter Bedeutung.

Gerade im sozialmedizinischen Bereich leisten gemeinnützige Organisationen, wie die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, unabhängige Information und Interessenvertretung, aber auch unbürokratische Einzelfallhilfe. Sie sind die Lobby von benachteiligten Minderheiten und ein wichtiges Element unsere Demokratie.

Prof. Dr. med. Judith Haas, Vorsitzende

DEUTSCHE RHEUMA-LIGA

Vielen Menschen ist gar nicht bewusst, wie sehr ge-

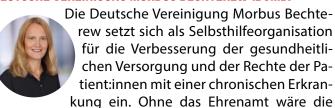


meinnützige Organisationen den Gesundheitssektor in Deutschland stützen. Die Rheuma-Liga zum Beispiel organisiert bundesweit das Funktionstraining für Menschen mit Rheuma. Das ist ein ärztlich verordnetes Bewegungsangebot, das spe-

ziell auf die rund 17 Millionen Rheumatiker in Deutschland abgestimmt ist und von den Krankenkassen oder der Rentenversicherung finanziert wird. Es geht hier um nicht weniger als um eine medizinisch notwendige Bewegungstherapie, die von Betroffenen für Betroffene im Ehrenamt organisiert wird. Wir meinen: Das nachhaltige und leidenschaftliche Engagement dieser chronisch erkrankten Menschen für die Zivilgesellschaft verdient mehr Respekt. Deshalb unterstützt die Deutsche Rheuma-Liga die Aktion #EchtGutVorfahrtfürGemeinnützigkeit des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes mit Nachdruck.

Rotraut Schmale-Grede, Präsidentin

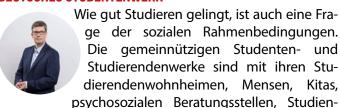
DEUTSCHE VEREINIGUNG MORBUS BECHTEREW (DVMB)



Arbeit der 400 örtlichen Gruppen mit den vielfältigen Bewegungs- und Begegnungsangebote nicht denkbar. Grundlage für all das Handeln ist die Gemeinnützigkeit. Daher machen wir uns für den Vorrang der Gemeinnützigkeit insbesondere im Gesundheitsbereich stark.

Evelin Schulz, Geschäftsführerin

DEUTSCHES STUDENTENWERK



finanzierungs- und Kulturangeboten für alle 2,9 Mio. Studierenden offen und bezahlbar. Weil sie sich an den Bedürfnissen und Erwartungen der Studierenden orientieren und nicht am Gewinn, sind sie die Garanten für Chancengleichheit und Teilhabe in der Hochschulbildung. Sie sorgen dafür, dass jede und jeder studieren kann, unabhängig vom Geldbeutel und der Herkunft – das ist zentral für eine Gesellschaft, die Bildungsaufstieg will und braucht.

Matthias Anbuhl, Generalsekretär

DEUTSCHER VEREIN DER BLINDEN UND SEHBEHINDERTEN IN Studium und Beruf

Die Teilhabe blinder und sehbehinderter Menschen an Bildung und Beruf stößt, genauso wie die Barrierefreiheit in allen anderen Lebensbereichen, immer wieder auf institutionelle Grenzen. Gemeinnützige Vereine wie der DVBS weisen auf sol-

che Lücken hin und setzen konstruktive Lösungen um. Die Selbsthilfe verschafft den Mitgliedern als Experten in eigener Sache nicht nur eine Stimme, sondern auch Möglichkeiten sich aktiv einzumischen, Veränderungen zu bewirken und Teilhabe selbstbestimmt umzusetzen.

Thomas Jarrar, Koordinator politische Interessenvertretung

DEUTSCHE LEBENS-RETTUNGS-GESELLSCHAFT (DLRG)



Der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz braucht die gemeinnützigen Hilfsorganisationen und ihre vielen tausend Freiwilligen. Das hat die Flutkatastrophe 2021 erneut bewiesen. Damit das so bleibt, müssen die beteiligten

Organisationen nachhaltig in die Lage versetzt werden, attraktive Rahmenbedingungen für Helfende zu schaffen. Zudem ist bürokratische und finanzielle Entlastung nötig. So ist etwa die Beschaffung von Rettungsmitteln für den nicht kommerziellen Einsatz grundsätzlich mit Umsatzsteuer belastet.

Ute Vogt, Präsidentin

VERBAND BINATIONALER FAMILIEN UND PARTNERSCHAFTEN



Wir haben unseren Familienverband vor 50 Jahren aus Selbsthilfegruppen entwickelt. Das prägt bis heute die Nähe zu den Menschen, den Inhalten und unsere Arbeit. Wir beraten, wir empowern, setzen uns politisch ein und das ohne Profite

oder Gewinnmaximierung. Für ein Recht auf Familie für alle, für eine gerechte Partizipation. Ohne Gemeinnützigkeit wäre dieses bürgerschaftliche Engagement nicht möglich. Wer sollte sich sonst für binationale/globale und migrantische Familien einsetzen? Blumentöpfe sind damit jedenfalls nicht zu gewinnen. Wir leben die Vielfalt und mit unserem Engagement stärken wir die demokratische Partizipation aller Familien.

Chrysovalantou Vangeltziki, Bundesgeschäftsführerin

SOS-KINDERDORF

Dank gemeinnütziger Strukturen kann eine Gesellschaft

wachsen und gedeihen. Auch SOS-Kinderdorf ist, neben staatlicher Förderung und treuen Spender*innen, auf gemeinnütziges Handeln angewiesen: Ein Rentner aus der Nachbarschaft liest Kindern im SOS-Familientreff Geschichten vor, eine Handwer-

kerin aus der Region hilft beim Bau eines Baumhauses im SOS-Kinderdorf – das zeigt, wie wichtig gemeinnütziges Handeln ist, damit benachteiligte Kinder und Jugendliche an unserer Gesellschaft teilhaben können!

Prof. Dr. Sabina Schutter, Vorstandsvorsitzende

STIFTUNG DEUTSCHE LEUKÄMIE- & LYMPHOM-HILFE

Gemeinnützigkeit steht für ein gemeinwohlorientiertes, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement. Für die gesundheitsbezogene Selbsthilfe ist diese Form der selbstlosen Förderung der Allgemeinheit ein unverzichtbares Element

ihrer Arbeit und unerlässlich für ihre Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit.

Michael Söntgen, Geschäftsführer

LESBEN- UND SCHWULENVERBAND LSVD

Zivilgesellschaftliches Engagement ist politisch. Es ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Die steuerliche Förderung dieses Kitts ist staatlicher Auftrag. Gemeinnützige Organisationen fördern die Meinungsbildung, die gesellschaftliche Viel-

falt und die demokratische sowie politische Teilhabe. Sie

sind das Rückgrat unserer Demokratie. Organisationen hingegen, die unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit mit ihrer menschenfeindlichen Ideologie unsere Gesellschaft spalten wollen, die Hass und Hetze verbreiten, muss die Gemeinnützigkeit ausnahmslos entzogen werden. Sie haben ihren Gemeinnutzen verwirkt.

Klaus Jetz, Geschäftsführer

VOLKSSOLIDARITÄT BUNDESVERBAND

Gemeinnützigkeit bedeutet für die Volkssolidarität miteinander zu helfen und füreinander einzustehen. Wir streben dabei nicht nach monetären Überschüssen, sondern wollen Bedürfnisse bestmöglich befriedigen. Damit das gelingt arbeiten wir

seit 77 Jahren Hand in Hand im Haupt- und Ehrenamt. Unser Erfolg wird so durch viele verschiedene Menschen getragen. Unsere Gewinne setzen wir deswegen auch ausschließlich für die gute Sache ein, damit viele Menschen weiterhin davon profitieren können.

Susanna Karawanskij, Präsidentin



KEINE RENDITE MIT DER PFLEGE

Ein Interview mit Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, über dem Pflegemarkt.

Der Paritätische fordert Vorfahrt für Gemeinnützigkeit, auch und gerade im Bereich der Pflege. Was stört Sie am bestehenden Nebeneinander gemeinnütziger und gewerblicher Anbieter?

Wir haben in der Pflege erlebt, dass 1995 ein Pflegeversicherungsgesetz verabschiedet wurde, das erstmals den Markt öffnete für profitorientierte Anbieter. Es war der Wille der damaligen Bundesregierung, dass Investoren kommen, dass hier auch Gewinn gemacht und richtig Geld abgezogen werden kann. Innerhalb kürzester Zeit war der ursprünglich gemeinnützige Pflege-Markt fast zur Hälfte von gewerblichen Anbietern dominiert, darunter internationale renditeorientierte Investmentfonds.

Und wo liegt das Problem?

Pflege wird inzwischen als attraktives Feld gesehen, um fette Geschäfte zu machen. Große internationale Fonds und Immobiliengesellschaften haben, gerade während der Pandemie, ihren Blick auf die Pflegeeinrichtungen geschwenkt. Es ist eine außerordentlich stabile Anlagemöglichkeit mit Renditen von bis zu drei Prozent, die garantiert werden. Das ist eine völlig makabre Entwicklung. Die Menschen sind nur noch ein Spielball irgendwelcher Fonds.

Wie müsste man es denn anders organisieren?

In der Pflege hat Preiswettbewerb überhaupt keine Rolle zu spielen, weil es ja niemals den genauen Bedarf trifft. In einer Pflegeeinrichtung habe ich es mit Menschen zu tun. Menschen, die jeden Tag anders drauf sein können. Da muss man sich dann auch mal eine Viertelstunde Zeit nehmen und einfach nur die Hand halten. Das lässt sich nicht im Detail planen. Marktwirt-

schaftliche Preiskonkurrenz heißt jedoch, dass man

Ressourcen zusammen spart, bis es quietscht, und für die Wechselfälle des Lebens nicht mehr genug Ressourcen in Reserve hält. Der einzig angemessene Versorgungsstandard in der Pflege aber ist im Grunde die "Überversorgung".

Was für einen Pflegemarkt stellen Sie sich vor?

Es braucht mehr Pflegekräfte, bessere Bezahlung und eine Deckelung der Eigenanteile. Wir gehen von jährlich etwa 10 Milliarden Euro aus, die es zusätzlich bräuchte. Das lässt sich in der Tat nur dadurch in den Griff kriegen, dass hier eine neue Partnerschaft von Staat und gemeinnützigen Anbietern entsteht. Auch werden wir um eine andere Steuerpolitik nicht herumkommen. Wer nicht umverteilen will, der wird auch nichts tun können – egal ob es um Pflege geht oder um Verkehrsinfrastruktur.

Das Interview führte Gwendolyn Stilling

NICHT NUR BUNTER, SONDERN BESSER!

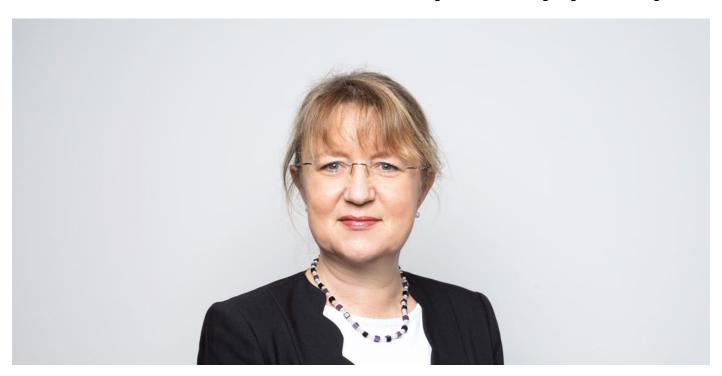
Gemeinnützige soziale Träger stehen nicht nur für Vielfalt, Kreativität und Innovationen in der sozialen Arbeit sondern sind auch dichter dran an den Menschen, davon ist die Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Berlin Gabriele Schlimper überzeugt. Politik und Verwaltung mögen sich von dieser bunten Vielfalt gelegentlich überfordert fühlen, nicht aber die Menschen, die die Angebote nutzen und denen es eben nicht egal ist, welche Philosophie und welche Konzepte dahinter stehen.

Wie erklären Sie sich die beispielsweise in Berlin zu beobachtenden Rekommunalisierungstendenzen?

Ich glaube, dass es zunehmend so eine Dissonanz gibt in der Wahrnehmung bei den politisch Verantwortlichen. Es scheint so ein komisches Unverständnis zum Thema Subsidiarität zu geben.

Geht es darum, Geld zu sparen?

In den Nullerjahren wurden in Berlin viele Eigenbetriebe in freie Trägerschaft übertragen genau deswegen: Weil



wir preiswerter und flexibler waren als es der öffentliche Dienst je sein kann. Der öffentliche Dienst ist eigentlich immer die teuerste Variante. Jetzt ist es so, dass – aus guten Gründen – auch von sozialen Organisationen erwartet wird, nach Tarif zu zahlen. Und gleichzeitig gibt es noch immer Probleme, die Refinanzierung, also die Entgelte gemäß Tarifverträgen sicherzustellen. Im Bereich der Personalkosten werden freie Träger damit mittelfristig aber eben genauso teuer wie der öffentliche Dienst. Und dann sagt sich der Staat: Na, wenn wir kein Geld sparen können, dann können wir es auch gleich wieder selber machen, ist für uns bequemer.

Warum bequemer?

Das merken wir wirklich in den Diskussionen, dass der Verwaltung die Trägervielfalt in Teilen schlicht zu bunt geworden ist, zu anstrengend. Ja, diese Vielfalt, die es gerade auch unter dem Dach des Paritätischen gibt, diese hohe Anzahl an gemeinnützigen Organisationen, ist komplex und mitunter kompliziert. Das mag den Kostenträger überfordern. Wen das jedoch überhaupt nicht überfordert, sind die Menschen, die die Angebote nutzen...

Wenn die Verwaltung aber zum Schluss kommt, dass sie es besser hinbekommen, wenn sie Komplexität reduzieren, könnte ich als Bürger*in sagen, dann ist mir das gerade recht. Letztendlich will ich meine Leistung haben... Ja, das könnte man. Aber Lieschen Müller oder Mandy Musterfrau ist es eben nicht Schnitte, wie das Kind betreut oder die Angehörigen gepflegt werden. Und genau aus diesem Antrieb sind ja auch immer wieder Innovationen entstanden und soziale Arbeit hat sich stetig weiterentwickelt. Die gesamte Hospizbewegung ist aus der

Situation heraus entstanden, dass Menschen gesagt haben: Nein, so wie in staatlichen Krankenhäusern versorgt wird, so wollen wir nicht, dass unsere Angehörigen, die hier sterben, am Ende des Lebens versorgt werden. Heute gibt es Palliativstationen regelhaft in Krankenhäusern.

Würden Sie so weit gehen, zu sagen, dass gemeinnützige soziale Träger all diese Dinge, so sie einmal erfunden sind, besser machen können als der Staat?

Oh, davon bin ich überzeugt! Ich sage jetzt nicht, dass die eine Fachkraft beim gemeinnützigen Träger eine bessere Arbeit macht als die andere im Eigenbetrieb. Und auch die Rahmenbedingungen sind mitunter bei freien Trägern schwieriger. Aber durch die Verbindung von der hauptamtlichen Arbeit mit zivilgesellschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement sind wir als gemeinnützige Organisationen auf jeden Fall besser. Wir hören, was draußen los ist. Durch die Vielfalt im Verband und die Verfasstheit der Träger selbst beschäftigen wir uns früher mit gesellschaftlich relevanten Debatten und sind einfach schneller. Und auch die Grundhaltung ist eine andere, wenn im Hintergrund noch ein Verein ist mit einer demokratischen Struktur. Gemeinnützige Organisationen sind einfach besser vernetzt und verankert und dichter dran an den Menschen.

Das Gespräch führte Gwendolyn Stilling

Das vollständige Interview finden Sie im Digitalmagazin "Gemeinnützigkeit." Einfach QR-Code scannen.



KOMPAKT ERKLÄRT: WAS IST GEMEINNÜTZIGKEIT?

Die Freie Wohlfahrtspflege erfüllt wichtige Aufgaben des Sozialstaates in Deutschland. Sie umfasst die Gesamtheit sozialer Hilfen zur Unterstützung von notleidenden Menschen, die auf freigemeinnütziger Grundlage erbracht werden.

Gemeinnützige Organisationen der Wohlfahrtspflege unterscheiden sich von staatlichen und gewerblichen Anbietern. Sie sind die lebendige Zivilgesellschaft in ihrer organisierten Form. Gemeinnützige Organisationen werden in unterschiedlichen Rechtsformen betrieben (zumeist in der Rechtsform des eingetragenen Vereins, aber auch der gemeinnützigen GmbH, der Genossenschaft, Aktiengesellschaft und der Stiftung).

Die Gemeinnützigkeit ist ein besonderer steuerrechtlicher Status, der mit Rechten und Pflichten verbunden ist. Gemeinnützigen Organisationen kommt das Recht zu, von bestimmten Steuern befreit zu sein. Ein weiteres Recht von gemeinnützigen Organisationen ist, dass sie Spenden erhalten dürfen und hierzu Spendenquittungen ausstellen können, die wiederum den Spender steuerlich begünstigt. Eng mit diesen Rechten

sind eine ganze Reihe von Pflichten verknüpft: Gemeinnützige Organisationen dürfen keine Gewinne an Einzelne ausschütten, sondern es wird in die Gesellschaft investiert. Ihre Satzung muss der Mustersatzung aus der Abgabenordnung entsprechen, die der Gesetzgeber vorgibt, und die Satzung muss einen gemeinnützigen Zweck erfüllen. Dies geschieht dann, wenn ihre Tätigkeit darauf ausgerichtet ist, die Allgemeinheit zu fördern. Dazu gehört, dass sie nicht in erster Linie sich selbst fördern darf. Dies nennt man das Prinzip der Selbstlosigkeit. Die Mittel einer gemeinnützigen Organisation sind zweckgebunden und dürfen nur für den Satzungszweck verwendet werden, zudem müssen die Mittel grundsätzlich zeitnah für den satzungsmäßigen Zweck verwendet werden.

Die Arbeit der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege ist – anders als bei gewerblichen Anbietern – nicht von der Gewinnmaximierung motiviert, sondern von Werten wie Vielfalt, Miteinander und Diversität. Das Ziel ist es nicht, Kennzahlen zu erfüllen, sondern die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft zu fördern und bei der Bewältigung von sozialen Krisen zu helfen.

In der Freien Wohlfahrtspflege wie z. B. in den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen engagieren sich Menschen in der Selbsthilfe und für andere, in der Sozialen Arbeit, im Gesundheits- und Pflegebereich und in zahlreichen anderen Arbeitsfeldern. Sie sind z. B. vor Ort in der Nachbarschaftshilfe, in Frauenhäusern, in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und in Suchtberatungsstellen aktiv oder helfen Jugendlichen in Not oder Geflüchteten bei der Integration. Sie sind

zentraler Ort des bürgerschaftlichen Engagements, der Hilfsbereitschaft und der sozialen Innovationen.

Für das Zusammenwirken zwischen dem Staat und den Trägern der Wohlfahrtspflege im Sozialstaat ist das so genannte "Subsidiaritätsprinzip" grundlegend, welches sich historisch herausgebildet hat. Als Ausdruck von Freiheit und Emanzipation der Bürger*innen gegenüber dem Staat bedeutet es, dass Hilfe immer vorrangig von den Bürger*innen selbst organisiert wird, wenn sich Menschen finden, die bereit dazu sind. Der Staat soll dafür die Grundlagen, insbesondere die Finanzierung, sichern. Als übergeordnete Instanz soll der Staat nur dann selbst soziale Dienstleistungen erbringen, wenn andere dazu nicht in der Lage sind. Der Subsidiaritätsgrundsatz sichert Vielfalt in den Angeboten und damit das freie Wunsch- und Wahlrecht hilfesuchender Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb ist in den Sozialgesetzbüchern ein Vorrang gemeinnütziger Dienste bei der Erfüllung von sozialstaatlichen Aufgaben festgeschrieben.

Leider wurde dieser Vorrang zunehmend auf gewerbliche Anbieter ausgedehnt, weshalb sich zunehmend nach Profitinteressen strebende Anbieter in der Pflege, der Gesundheitsversorgung oder in anderen sozialen Bereichen finden, wo gewinnwirtschaftliche Interessen nichts verloren haben. Der Grundsatz gerät auch durch den Staat selbst unter Druck, indem er Kosten sparen will und soziale Dienstleistungen selbst anbieten möchte.

Die gemeinnützige freie Wohlfahrtspflege leistet einen unverzichtbaren Beitrag für den sozialen Zusam-

menhalt und die Minderung sozialer Problemlagen in Deutschland. Sie bündelt, organisiert und fördert Engagement in aller Vielfalt und ermöglicht gesellschaftliches Engagement in demokratisch verfassten Vereinen. Gemeinnützige Akteure sind flexibler als staatliche und verlässlicher als gewerbliche Akteure in der Lösung von Problemen, weil der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen, nicht Massenverwaltungstauglichkeit oder Renditeorientierung. Gemeinnützige Akteure der Wohlfahrtspflege erbringen Leistungen dort, wenn und wie sie gebraucht werden – passgenauer als es Verwaltung je könnte und unabhängig davon, ob sich damit Gewinn und Profit machen lassen.

Die Anerkennung einer Organisation als gemeinnützig ist und bleibt ein wichtiges Gütesiegel, das garantiert, dass keine Profite ausgeschüttet werden.

Die Gemeinnützigkeit ist eine unerlässliche Grundlage für das freiwillige Engagement von hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern im Paritätischen und darüber hinaus.

THEMENOFFENSIVE DES PARITÄTISCHEN GESAMTVERBANDS

Und weil so viele gute Gründe dafür sprechen, hat der Paritätische Gesamtverband seine Themenoffensive gestartet. Wir sagen: Gemeinnützigkeit ist #EchtGut! - Vorfahrt für Gemeinnützigkeit!

Mehr Infos zur Paritätischen Themenoffensive auf www.der-paritaetische.de/echtgut

GEMEINNÜTZIGKEIT UND ÖKOLOGIE

#EchtGut für alle oder nur für diejenigen, die sich die Profite einstreichen? Seit längerer Zeit arbeitet der Paritätische u.a. mit dem dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zusammen und erörtert wie eine am Gemeinwohl orientierte Gesellschaft aussehen kann.

Das Streben nach Gewinn und der Markt als Ordnungsprinzipien prägen zentrale Bereiche unserer Gesellschaft: die Soziale Arbeit, die Pflege, das Gesundheitssystem, den Klimaschutz, den Wohnungsmarkt, die Landwirtschaft u.v.m. Eine auf den Logiken des Marktes beruhendes Wirtschaften strebt jedoch nach der Gewinnmaximierung für Einzelne und nicht nach der Versorgung der Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung. Ein überlastetes Gesundheits- und Pflegesystem, hohe Mieten, niedrige Löhne und ein unzureichender Klimaschutz sind die Folgen. Nicht zuletzt Corona-Pandemie und Klimawandel führen vor Augen, dass es dringend eine andere Form des Wirtschaftens braucht, die die Bedürfnisse aller Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht das Streben nach Profit. Wie kann eine alternative, am Gemeinwohl orientierte Form der Daseinsvorsorge und des Wirtschaftens aussehen und warum ist sie eine echte Alternative zu Staat und Profitwirtschaft? Das diskutiert der Paritätische regelmäßig auch mit anderen Partner*innen aus der Zivilgesellschaft u.a. beim diesjährigen Not-For-Profit-Gipfel.

WEITERE INFOSwww.not-for-profit-gipfel.de

Olaf Bandt vom BUND und Elisabeth Fresen von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) sind dem Paritätischen verbunden und haben viele Überschneidungen in der Vorstellung davon, wie der notwendige sozial-ökologische Umbau aussehen muss. Beide verfassten Beiträge, die in Ulrich Schneiders Sammelband "Für alle. Nicht die wenigen", der 2021 im Westend Verlag erschien und zahlreiche Texte zur Theorie und Praxis der Gemeinnützigkeit enthält. Dies war Grund für uns, diese und weitere Autor*innen ausführlich zu interviewen. Auszüge aus den Interviews mit Herrn Bandt und Frau Fresen finden Sie hier.

Herr Bandt, ist die Energiewende eine Chance für die gemeinnützige Bürgerenergie oder liegt die Energiepolitik zu sehr in den Händen der Energiekonzerne?

Olaf Bandt: In den ersten Jahren war es so, dass die Energiewende in Form von Windkraftanlagen zur Hälfte in der Hand von Bürgerenergie-Initiativen war. In den letzten Jahren wurde das weiter erschwert, so dass es für viele inzwischen uninteressant ge-

worden ist. Daher stagniert diese Zahl und der Zubau jetzt findet durch große Konzerne und Investoren statt. Das ist ein Problem, weil die ja auf die bereits geschilderten Vorbehalte treffen. Und einige stimmen ja auch: Es finden Landschaftsveränderungen statt und wenn ich direkt neben einem Windrad wohne, kann das durchaus eine Belastung sein. Das ist natürlich kein Treiber für eine Energiewende. Wir versprechen uns von so einer Bürgerenergiewende, dass wir viel schneller mit dem notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien vorankommen, weil wir dann das Interesse dort haben, wo die Anlagen stehen. Man muss es so ausgestalten, dass die Menschen und nicht die Investoren an der Börse etwas davon haben beim Ausbau der Erneuerbaren.

Olaf Bandt ist Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Frau Fresen, Landwirtschaft schafft Mehrwert per se, die Nahrung, die uns alle nährt. Sie haben aber schon besondere Vorstellungen davon, wie Landwirtschaft besser organisiert werden könnte. Sie sagen explizit, es braucht eigentlich noch viel mehr Gemeinwohlorientierung ganz konkret in der Wirtschaft. Finden die Idee alle Landwirte toll?

Elisabeth Fresen: Nein, es gibt selbstverständlich auch unter Landwirtinnen und Landwirten unterschiedliche Meinungen. Wir sind nicht so zusagen eins. Was uns eint, ist, dass wir abhängig sind von unserer Umgebung. Also auch die ist ein Gemeingut! Klima, sauberes Wasser

oder gesunder Boden sind Gemeingüter. Das sind unsere Wirtschaftsgrundlage und wir sind abhängig, dass diese Wirtschaftsgrundlagen geschützt werden. Gleichzeitig halten wir sie auch in unseren Händen und wollen

sie möglichst gut in die nächste Generation übergeben. Das ist der eine Aspekt. Deswegen liegt es eigentlich schon im Urinteresse von Bäuerinnen und Bauern, Gemeinwohlleistung zu erbringen, Gemeingüter zu schützen und sogar zu verbessern. Ein neuer interessanter Aspekt, der in den letzten Jahren aufgekommen ist, dass wir mit der Erbringung von Gemeinwohlleistung Geld verdienen können müssen. Es geht nicht, dass wir beispielweise kostenlos klimaschonend wirtschaften und nicht dafür entlohnt werden. Das ist ein neuer Gedanke. Das Problem ist aber, dass wir als Bäuerinnen und Bauern immer spezialisierter arbeiten müssen und dass es dabei unter so einem Druck dazu kommt, dass das Gemeinwohl hinten runterfällt. Daher fordern wir, dass ein Wirtschaften möglich ist, bei dem Gemeinwohlgüter nicht zu Schaden kommen, sondern sie im besten Falle noch aufgebaut und geschützt werden.

Elisabeth Fresen ist Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

DER PARITÄTISCHE 03| 2021



Die ausführlichen Interviews können Sie im Verbandsmagazin 3/21 "Menschen statt Märkt" nachlesen, wenn Sie den OR-Code scannen:



GEMEINNÜTZIGKEIT HAT ZUKUNFT

Nur wenige Themen finden sich viermal sehr explizit und relativ konkret in der Koalitionsvereinbarung der die aktuelle Bundesregierung tragenden Parteien. Man muss nicht alle dort angekündigten Vorhaben gleichermaßen gutheißen. Man kommt aber nicht an der Erkenntnis vorbei, dass die Politik Handeln und Wirtschaften nach den Spielregeln der Gemeinnützigkeit als wesentliches Element des gesellschaftlichen Zusammenlebens ansieht.

Im Abschnitt Zivilgesellschaft und Demokratie wird eine Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts angekündigt. Es geht dabei vor allem um die Zulässigkeit politischer Betätigungen. Hier besteht nach Ansicht des Paritätischen bereits heute genügend Spielraum. Die Ankündigung zeigt jedenfalls, dass die Politik gemeinnütziges Handeln eher absichern als einschränken will.

Der Abschnitt Steuern greift dieses
Thema ebenfalls auf. Darüber hinaus
wird angekündigt, dass es Erleichterungen
geben soll für Sachspenden von neuwertigen
Waren, die dem kommerziellen Wirtschaftskreislauf
entnommen werden, zum Beispiel aus Warenrücksendungen. Dies fordert der Paritätische seit langem.
Hemmnis ist hier allerdings nicht das Gemeinnützig-

keitsrecht, sondern das europäische Umsatzsteuerrecht. Bemerkenswert an dem Vorhaben ist deshalb, dass die Koalition auch auf europäischer Ebene die Rahmenbedingungen gemeinnützigen Handelns verbessern möchte.

Die europäische Ebene wird auch im Abschnitt Rechtsstaatlichkeit angesprochen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemeinnütziger Organisationen soll den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs

angepasst werden. Vielfach wird behauptet,
Gemeinnützigkeit sei ein spezielles deut-

sches Thema. Wieso hat sich dann der EuGH mit Gemeinnützigkeit in Europa befasst? Weil gemeinnütziges Wirken und seine steuerliche Anerkennung eben keine deutsche Besonderheit ist, sondern in allen europäischen Staaten anzutreffen ist.

Dies hat die EU-Kommission bereits in ihrer Mitteilung vom 6. Juni 1997 über "Die Förderung der Rolle gemeinnütziger Vereine und Stiftungen in Europa"

umfangreich dargestellt und gewürdigt. Die Darstellung der Rahmenbedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten zeigt, dass die nationalen Ausformungen je nach historischen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen unterschiedlich sind.

Die EU-Kommission nennt als prägende Elemente:

- Eine gewisse Institutionalisierung des Handelns zum Beispiel in Vereinen
- Keine Gewinnausschüttung
- Selbstbestimmung unabhängig von staatlichen Stellen
- Uneigennütziges Handeln
- Tätigkeiten für das Gemeinwohl

Die EU-Kommission fasst hierunter auch die wirtschaftliche Betätigung von Zweckbetrieben zur Erfüllung des gemeinnützigen Zwecks. Den gemeinnützigen Organisationen wird schließlich eine überragende gesellschaftspolitische Bedeutung zur Stärkung der Demokratie beigemessen.

Im Abschnitt Wohnraumversorgung setzt die Koalition große Hoffnungen in die Wiederbelebung der in neoliberalen Zeiten abgeschafften Wohngemeinnützigkeit zur Schaffung von Wohnraum mit dauerhafter Sozialbindung. Auch hiermit wird eine Forderung des Paritätischen aufgegriffen. Offenbar ist in der Politik angekommen, dass die Sicherung existenzieller Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zumindest nicht allein den renditeorientierten Marktkräften überlassen bleiben kann.

Der Koalitionsvertrag anerkennt nicht nur die Wirkweise gemeinnützigen Handelns, sondern will die Rahmenbedingungen verbessern und den Wirkungsradius erweitern. #EchtGut – Vorfahrt für Gemeinnützigkeit wird diese Entwicklung aktiv unterstützen.

Werner Hesse ist Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands







Vorfahrt für Gemeinnützigkeit



Der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen sind gemeinnützig: Gewinne fließen nicht in die Taschen Einzelner, sondern dahin, wo sie gebraucht werden. Das sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb: Vorfahrt für Gemeinnützigkeit gegenüber Gewinnstreben oder Verstaatlichung.

